

ARBEIT UND SOZIALE GERECHTIGKEIT

DIE SCHWEDISCHE UNZUFRIEDENHEIT

Johanna Lindell und Lisa Pelling
Februar 2022



Dieser Bericht ist eine Kurzfassung des Buchs *Det svenska missnöjet* (Die schwedische Unzufriedenheit). Es beruht auf über 300 Interviews, die in sozioökonomisch benachteiligten Gebieten Schwedens geführt wurden, wo die Schwedendemokraten – die rechtspopulistische Partei des Landes – starke Unterstützung bekommen.



Die Studie zeigt, wie Einwanderung zum Sündenbock für die schlechten Lebenschancen der Menschen, die ausgedünnte Infrastruktur, die mangelnde öffentliche Daseinsvorsorge und die Angst vor Kriminalität gemacht wird.

DIE SCHWEDISCHE UNZUFRIEDENHEIT



Dieser Bericht fasst die Ergebnisse aus über 300 Gesprächen zusammen. Er beschreibt das Schweden der Unzufriedenen – mit ihren eigenen Worten. Für ihre Unzufriedenheit haben die Menschen konkrete Gründe. Schlechte Infrastruktur, lückenhafte Daseinsvorsorge, mangelnde Gesundheitsfürsorge, schlechte Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt, geringe Sozialleistungen und ein geringes Gefühl von subjektiver Sicherheit werden von den Menschen bemängelt.



Zwar hat nichts davon etwas mit der schwedischen Einwanderungspolitik zu tun, aber an den Orten, wo die Menschen unzufrieden sind, wurde die Einwanderung als Ursache für ihre Unzufriedenheit immer thematisiert



Die Politik, die nicht nur die Steuern gesenkt, sondern auch die Sozialsysteme geschwächt und einer Marktlogik unterworfen hat, wird hingegen kaum kritisiert. Tatsächlich hat die Wirtschafts- und Sozialpolitik in den letzten Jahrzehnten die Ungleichheit in Schweden verstärkt. Aber obwohl die Folgen einer solchen Politik nun offensichtlich werden, wird sie von den Menschen kaum thematisiert. Als willkommener Sündenbock und einfache Erklärung für komplexe soziale Probleme dient stattdessen die Einwanderung.

Weitere Informationen zum Thema erhalten Sie hier:
<https://nordics.fes.de/>

Inhalt

EINLEITUNG	2
KURZE BESCHREIBUNG DER UNTERSUCHUNGSMETHODE	3
KONTEXT: JAHRZEHNTE DER AUSTERITÄT UND STEIGENDER UNGLEICHHEIT.....	5
VERGESSENE ORTE	7
UNZUFRIEDENHEIT MIT DEM WOHLFAHRTSSTAAT.....	8
MANGEL AN SICHERHEIT	10
EIN FREMDENFEINDLICHES NARRATIV	12
DIE REALITÄT DER ALTERNATIVEN MEDIEN	14
SCHLUSSFOLGERUNGEN	15
Literaturverzeichnis.....	17

EINLEITUNG

In Schweden nimmt die Unzufriedenheit zu. Laut den allgemeinen jährlichen Umfragen über die Werte und Einstellungen der schwedischen Bevölkerung, die vom SOM-Institut der Universität von Göteborg (Anderson et al. 2020) durchgeführt werden, hat der Anteil der Menschen, die glauben, das Land entwickle sich in die falsche Richtung, in den letzten zehn Jahren einen neuen Rekord erreicht. Allerdings steigt die Unzufriedenheit nicht bei allen Bürger_innen, und auch nicht überall im Land. Einige Bevölkerungsgruppen sind unzufriedener als andere, während gleichzeitig auch eine Art Geografie der Unzufriedenheit erkennbar wird.

Schwed_innen mit niedrigem Einkommen und Ausbildungsniveau sind eher unzufrieden. Und Menschen, die in einkommensschwachen Gegenden leben – gering bevölkerte ländliche Gebiete oder sozial benachteiligte Teile großer Städte –, sind häufiger unzufrieden mit ihrer Lage und finden, dass das Land sich in die falsche Richtung bewege (Andersson et al. 2020).

Diese Unzufriedenheit hatte bereits erhebliche politische Folgen. Nicht zuletzt die rechtspopulistischen Schwedendemokraten konnten stark von ihr profitieren. Diese Partei ist zu einem Sammelbecken der Unzufriedenen geworden, wodurch sich die politische Landschaft des Landes verändert hat: 2006 konnten die Schwedendemokraten mit 5,7 Prozent der Wählerstimmen erstmals in den schwedischen *Riksdag* (das Parlament) einziehen, womit Schweden eine Sonderstellung verlor: Bis dahin war in Schweden – als eines von nur wenigen Ländern in Westeuropa – keine rechtspopulistische Partei im Parlament vertreten (Rydgren/Meiden 2019). Bei den letzten Wahlen von 2018 erreichten die Schwedendemokraten 17,5 Prozent.

Im Herbst 2019 entschieden die Verfasserinnen bei Arena Idé, die schwedische Unzufriedenheit näher zu untersuchen. Sie wollten den unzufriedenen Menschen eine Stimme geben. Die Befragten sollten Auskunft über ihr tägliches Leben, ihre Nachbarschaft und ihr Land geben. Die Ergebnisse der Befragungen wurden in einem Buch mit dem Titel *Det svenska missnöjet* (Die schwedische Unzufriedenheit) veröffentlicht.

Dieses Buch hat erhebliche Aufmerksamkeit erregt und mehrere Auflagen wurden veröffentlicht. Seine wichtigsten Ergebnisse werden hier für eine internationale Leserschaft zusammengefasst.

KURZE BESCHREIBUNG DER UNTERSUCHUNGSMETHODE

Laut dem Politikwissenschaftler Tommy Möller (2010) muss politische Unzufriedenheit als gesellschaftliche Folge unerfüllter Erwartungen verstanden werden. So betrachtet sollte eine Studie über politische Unzufriedenheit nicht davon ausgehen, wie Schweden im Vergleich mit anderen Ländern abschneidet, sondern von den Erwartungen der Menschen darüber, wie sie sich Schweden wünschen. Unzufrieden sind Menschen dann, wenn ihre Erwartungen nicht erfüllt werden und wenn sie glauben, die Dinge entwickelten sich in die falsche Richtung – in ihrem Alltag, an ihrem Wohnort und in ihrem Land.

Sechs sozioökonomisch benachteiligte Wahlbezirke wurden ausgewählt, deren Einwohner_innen über ein niedriges Bildungsniveau verfügen und in denen die Einkommen unterhalb des schwedischen Durchschnitts liegen. Darüber hinaus sind Orte ausgewählt worden, in denen die Schwedendemokraten bei den Parlamentswahlen von 2018 relativ stark abgeschnitten haben. Insgesamt wurden Befragungen in zwei ländlichen Bezirken (Haparanda und Ljusnarsberg),

zwei Kleinstädten (Ronneby und Landskrona) und in Bezirken zweier großer Städte durchgeführt: Rannebergen in Göteborg sowie Holma und Almgården in Malmö.

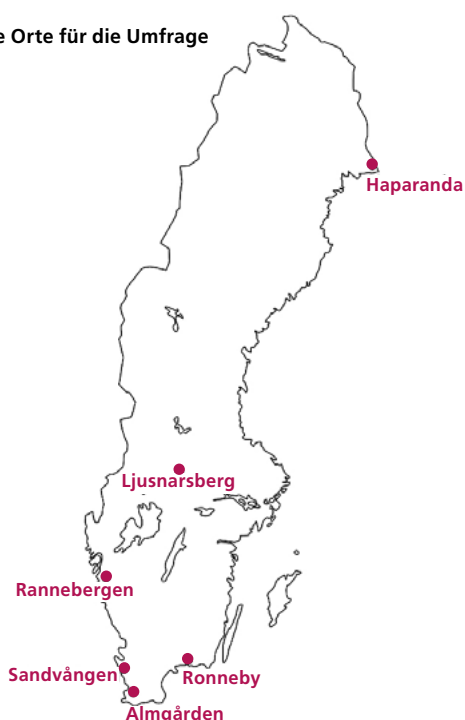
Insgesamt wurden 1.911 Haushalte kontaktiert. In den meisten Fällen war einfach niemand zu Hause (oder es wurde nicht aufgemacht). 351 haben aufgemacht, aber wollten nicht an der Befragung teilnehmen, 318 waren einverstanden. Die Interviews dauerten zwischen sieben Minuten und mehr als anderthalb Stunden. Die Befragten blieben anonym. Die Antworten wurden protokolliert und von den Befragten, die dies erlaubten, wurden Sprachaufnahmen gemacht. Diese Interviews wurden später transkribiert.

Allen Interviewten wurden dieselben – insgesamt 15 – ergebnisoffene Fragen gestellt. Dabei ging es darum, was deren Meinung nach in Schweden, in ihrer lokalen Gemeinschaft und in ihrem täglichen Leben gut oder schlecht funktioniert. Zudem wurde gefragt, wer die Probleme, die sie in ihrem täglichen Leben – und in Schweden insgesamt – wahrnehmen, wohl am besten lösen könnte. Sie wurden gebeten, ihre Wünsche als Wähler_innen zu äußern und etwas über ihre Sorgen und Hoffnungen für die Zukunft zu sagen. Darüber hinaus wurden sie zu ihrem Verhältnis zu den Medien befragt: woher sie ihre Informationen beziehen, ob sie den Medien insgesamt vertrauen und warum sie bestimmte Medien bevorzugen. Schließlich wurden ihnen zwei Fragen über ihre eigene politische Partizipation gestellt: »Wie sehr interessieren Sie sich für Politik?« und »Haben Sie bei der letzten Wahl gewählt?«

Die Autorinnen sind allen Menschen, die in ihren Treppenhäusern, im Hauseingang oder in ihrer Küche mit ihnen gesprochen und einer Befragung zugestimmt haben, zutiefst dankbar. Das Ziel der Untersuchung war es, ihre Geschichten wiederzugeben – und zwar in ihren eigenen Worten.

Die vorliegende Studie wurde durch Interviews inspiriert, die im September und Oktober 2017 in zwölf sozioökonomisch schwachen – ländlichen, provinziellen und städtischen – Gebieten Deutschlands und Frankreichs an den Haustüren der Menschen geführt wurden. Diese französisch-deutsche Studie wurde von dem unabhängigen und progressiven deutschen Thinktank *Das Progressive Zentrum* durchgeführt und von dem Forschungsunternehmen *Liegey Muller Pons* unterstützt. An allen Befragungsorten hatte ein erheblicher

Abbildung 1
Ausgewählte Orte für die Umfrage



Anteil der Wähler_innen für eine fremdenfeindliche Protestpartei gestimmt: entweder für die Alternative für Deutschland (AfD) oder die französische Nationale Sammlungsbewegung (*Rassemblement National*), die damals noch Nationale Front (*Front National*) hieß.

Insgesamt 500 Interviewten wurden elf ergebnisoffene Fragen gestellt, die denen ähnelten, die auch Emmanuel Macron bei seiner französischen Präsidentschaftskampagne von 2017 gestellt hatte. Die wichtigste war: »Was, glauben Sie, ist momentan ein Problem?« Die Menschen sollten beschreiben, was sie in ihrem Land, an ihrem Wohnort und in ihrem täglichen Leben als problematisch wahrnehmen.

Die Ergebnisse der französisch-deutschen Studie wurden im Bericht *Return to the politically abandoned – Conversations in right-wing populist strongholds in Germany and France* des Politikwissenschaftlers Johannes Hillje veröffentlicht (Hillje 2018).

Die vorliegende Studie ist die erste, bei der – mithilfe derselben Methodologie – Orte mit unzufriedenen Bürger_innen in Schweden untersucht wurden. Zusätzlich zu den Fragen der französisch-deutschen Studie stellten wir auch solche über den Medienkonsum der Menschen und ihr Vertrauen in die Medien.

KONTEXT: JAHRZEHNTE DER AUSTERITÄT UND STEIGENDER UNGLEICHHEIT

Verglichen mit anderen Ländern ist das Niveau der Ungleichheit in Schweden relativ niedrig. Dennoch ist es zwischen 1985 und 2013 schneller gestiegen als in allen anderen OECD-Ländern (OECD 2015). Heute belegt Schweden auf dem Gleichheitsindex der 33 OECD-Länder (Nach dem Gini-Koeffizienten) nur noch den neunten Platz (OECD 2020).

In der Nachkriegszeit wurde die schwedische Ungleichheit durch einen starken staatlichen Einfluss auf die Wirtschaft, Besteuerung von Kapital, Kapitalkontrollen, Finanzregulierung und einen großen öffentlichen Sektor im Zaum gehalten. Auch die sogenannte »solidarische Lohnpolitik« trug zur Angleichung der Einkommen bei. Grundlage hierfür bildete eine Gewerkschaftsstrategie zum Ausgleich von Einkommensunterschieden. Angestellte von Unternehmen mit hoher Produktivität verzichteten bei den zentralen Lohnverhandlungen auf Lohnforderungen, um Lohnerhöhungen für Arbeitnehmer_innen im öffentlichen Sektor und in weniger produktiven Unternehmen zu unterstützen.

1990/1991 wurde Schweden jedoch von einer schweren Banken- und Finanzkrise erfasst. Die Folgen dieser Krise waren in den gesamten 1990er-Jahren spürbar und hatten einige neoliberale Reformen zur Folge, welche die Bedingungen für die Gleichheit im Land erheblich veränderten.

Eine der Hauptänderungen war, dass die *Riksbank* (Schwedens Zentralbank) unabhängig wurde und ihr Inflationsziel auf Kosten der Vollbeschäftigung an erste Stelle rückte (Riksbanken 2020). 1980 lag die Arbeitslosigkeit in Schweden bei etwa zwei Prozent. Zwischen 1993 und 1997 stieg sie auf über acht Prozent (Statistiska centralbyrån 2005) und schwankte nach 2001 zwischen knapp sechs und etwas mehr als acht Prozent (Statistiska centralbyrån 2020). Heute hat Schweden mit 80,8 Prozent die höchste Beschäftigungsrate der EU (Eurostat 2021a), liegt aber gleichzeitig auch bei der Arbeitslosigkeit mit 8,3 Prozent an erster Stelle (Eurostat 2021b). Zwar sind viele Menschen beschäftigt, aber dennoch finden viele, die arbeiten wollen und können, keinen Job.

Hinzu kam ein tiefgreifender Strukturwandel: Seit den 1980er-Jahren haben sich die schwedischen Unternehmen zunehmend in die globalen Wertschöpfungsketten integ-

riert. 1989 wurden die Währungsrestriktionen abgeschafft, 1994 trat das Land der EU bei und seit 1995 haben schwedische Unternehmen Zugang zum europäischen Binnenmarkt. Zudem hat die Globalisierung zur steigenden Einkommensungleichheit beigetragen, sodass die höhere Ungleichheit in gewissem Maße einem internationalen Trend folgt (Lindgren Åsbrink et al. 2019).

Einer der Treiber dieser Entwicklung war die Umkehrung der gewerkschaftlichen Lohnfindungsstrategie. Um die Wettbewerbsfähigkeit der Exportsektoren und die Inflationskontrolle zu sichern, galten die Lohnabschlüsse in jenen Sektoren als bindende Obergrenze für die übrigen Branchen.

In den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg trugen hohe Steuern dazu bei, die Einkommensungleichheit zu verringern, da die Steuereinnahmen dazu verwendet werden konnten, den öffentlichen Sektor auszuweiten. 1990 hatte Schweden relativ zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) die höchsten öffentlichen Ausgaben aller OECD-Länder. Als die damalige Lindbeck-Kommission 1993 ihren Bericht vorstellte, betonten ihre Mitglieder, dass der Anteil der öffentlichen Angestellten an den Gesamtbeschäftigten von 20 Prozent im Jahr 1970 auf 35 Prozent im Jahr 1985 gestiegen war (Lindbeck et al. 1993: 9). Seitdem sind die öffentlichen Ausgaben in fast allen Ländern gestiegen – um durchschnittlich 3,4 Prozentpunkte, von im Schnitt 16,7 Prozent des BIP im Jahr 1990 auf 20,1 Prozent im Jahr 2018. In Schweden sind sie hingegen gesunken, sodass das Land in der OECD in dieser Hinsicht heute auf dem siebten Platz steht – hinter Frankreich, Belgien, Finnland, Dänemark, Italien und Österreich (OECD 2019).

Als die damalige sozialdemokratische Finanzministerin Magdalena Andersson 2019 den Bericht über eine umfassende Untersuchung zur Gleichheit erhielt (Molander 2019), wurde sie gefragt, was am stärksten zur zunehmenden Einkommensungleichheit in Schweden beigetragen habe. Sie betonte die veränderte Steuerpolitik. Entscheidend war ihrer Meinung nach »die Abschaffung der Vermögensteuer und der Erbschaftsteuer sowie die Änderung der sogenannten 3:12-Regeln [zur Unternehmensbesteuerung], die es Großverdienenden ermöglicht, erhebliche Einkünfte zu erzielen und diese nur sehr gering zu versteuern«. »Damit«, fügte sie hinzu, »konnten unsere Sozialversicherungssysteme nicht Schritt halten« (Heimersson 2020).

ANSTIEG DER UNGLEICHHEIT DURCH DIE POLITIK DER MITTE-RECHTS-REGIERUNG

Zwischen 2006 und 2014 wurde Schweden von einer Mitte-rechts-Koalition regiert. Diese als »Allianz« bekannte Regierung setzte sich aus den liberalkonservativen Moderaten, der liberalen Zentrums Partei, den Liberalen und den Christdemokraten zusammen. Die Allianz führte Steuerreformen durch, welche die Einkommensungleichheit zusätzlich verstärkten, insbesondere die steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten für die Einkommen von Erwerbstätigen. Diese Maßnahmen vergrößerten die Lücke zwischen den verfügbaren Einkommen der Erwerbstätigen, welche die Abschreibungen nutzen konnten, und denen, die von Arbeitslosenversicherung, Krankengeld oder Rente lebten und damit keine Abschreibungsmöglichkeiten hatten. Doch auch vor der Steuerreform stieg während der Regierungszeit der Allianz die Einkommensungleichheit. Gleichzeitig wurden der Zugang zu Sozialleistungen wie Arbeitslosen- und Krankengeld eingeschränkt sowie die ausgezahlten Beträge verringert.

Dal Bó et al. (2018) haben beschrieben, wie sich die Lücke zwischen Beteiligten und Nichtbeteiligten am Arbeitsmarkt vergrößerte sowie zwischen jenen, die von der Politik der Allianzregierung profitierten, und jenen, die dadurch Nachteile erlitten. Hinter den Reformen steckte genau diese Absicht: Die Lücke zwischen Arbeitenden und Nichtarbeitenden zu vergrößern. Arbeitslosen und Kranken sollten Anreize gegeben werden, eine Beschäftigung aufzunehmen, um die »Ausgrenzung zu verringern« (Nya Moderaterna 2006). Allerdings fand in dem Maße, in welchem die Arbeitslosen und Empfänger_innen von Krankengeld dazu bewegt werden konnten, eine Arbeit anzunehmen, ein Abwärtsdruck auf die Löhne und Arbeitsbedingungen statt, was wiederum zur Zunahme der Einkommensungleichheit beitrug.

Darüber hinaus wurde die Ungleichheit zwischen der Arbeiterklasse und den sozioökonomisch begünstigten Gruppen durch eine radikale Änderung des schwedischen Ausbildungssystems verstärkt. Anfang der 1990er-Jahre wurden die Schulen des Landes einem neoliberalen Marktexperiment unterworfen, das zu stärkerer Schultrennung beitrug. Damals führte die Mitte-rechts-Regierung ein Gutscheinsystem ein, mit dem sich die Schulfinanzierung an den einzelnen Schüler_innen ausrichtete. Seitdem haben privat betriebene, aber öffentlich finanzierte Schulen das Recht, sich überall niederzulassen und ihre eigenen intransparenten Wartelisten zu führen.

So konnten sich gewinnorientierte, als »unabhängig« bezeichnete Privatschulen in Gegenden etablieren, in denen die Kinder leicht zu unterrichten sind – beispielsweise aufgrund eines gut gebildeten Elternhauses. Gleichzeitig erhielten die privat betriebenen Schulen dieselbe Finanzierung wie öffentliche (kommunale) Schulen, deren Schüler_innen im Durchschnitt bedürftiger sind. So wurden Ressourcen von den öffentlichen Schulen abgezogen, was insbesondere die dort überrepräsentierten Kinder von Arbeiter_innen und Einwanderer_innen betraf. Schulen mit

bedürftigen Kindern – hauptsächlich aufgrund des niedrigeren Ausbildungsniveaus ihrer Eltern – bekamen somit weniger Ressourcen, während sozioökonomisch privilegierte Kinder von diesem System profitierten. In einem Bericht für *Arena Idé* wird beschrieben, wie diese Trennung zwischen den Schulen nicht nur in den städtischen Gebieten zum Problem wurde, sondern im ganzen Land (Kornhall/Bender 2018).

In fast allen OECD-Ländern ist die Ungleichheit gestiegen, womit Schweden einem internationalen Trend folgt. Dass die schwedische Ungleichheit jedoch überproportional gestiegen ist, lässt sich vor allem auf innenpolitische Entscheidungen zurückführen, die auf Kosten der unteren Einkommenshälfte gingen, während Gutverdienende profitierten.

Daniel Barr und Joakim Palme (2021) argumentieren, das schwedische Sozialsystem habe sich so stark verändert, dass das Land nicht mehr als Wohlfahrtsstaat bezeichnet werden kann. Die nordischen Wohlfahrtsstaaten sind normalerweise durch umfassende soziale Sicherheitssysteme gekennzeichnet, welche die Bürger_innen im Falle von Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Ruhestand gegen Einkommensverluste absichern. Diese Systeme werden durch gemeinsame Einkommensbeiträge finanziert; Auszahlungen erfolgen einkommensabhängig. Je höher der Lohn und das Gehalt, desto höher sind die Zuwendungen aus der Kranken- und Arbeitslosenversicherung und desto höher ist auch die Rente.

Barr und Palme zufolge ist dies nicht mehr der Fall, da das Ausgleichs- und Zuwendungsniveau hinter dem Realwachstum zurückgeblieben ist. Heute übersteigen beispielsweise 40 Prozent der Beschäftigten mit ihrem Einkommen die maximale Ersatzrate, die im Krankheitsfall von der Krankenversicherung garantiert wird. Daher erleiden sie im Krankheitsfall massive Einkommensverluste (Barr/Palme 2021). Was die Höhe öffentlicher Transferzahlungen (einschließlich Kindergeld, Sozialhilfe, Leistungen für Behinderte, Renten, Pensionen, Arbeitslosen- und Krankengeld) im Verhältnis zum BIP betrifft, steht Schweden heute EU-weit an 15. Stelle – nicht nur hinter allen anderen nordischen Ländern, sondern auch hinter Deutschland, den Niederlanden oder Belgien (Försäkringskassan 2021: 18).

VERGESSENE ORTE

»Langsam aber stetig stirbt dieser Ort einfach aus.« – Warum eine Person im Dorf Ställdalen in der Gemeinde Ljusnarsberg dies sagt, ist nicht schwer zu verstehen. Das erste, was man sieht, wenn man in Ställdalen aus dem Zug aussteigt, sind verlassene Mietshäuser. Die Fenster der Gebäude sind leer und die Fassade zur Straße hin besteht aus vernagelten Schaufenstern: ein verlassener Supermarkt, eine lange geschlossene Pizzeria und ein ehemaliger Blumenladen.

In den 1960er-Jahren hatte Ställdalen noch 1.500 Einwohner_innen. Vierzig Jahre später war das Dorf auf ein Drittel dieser Größe geschrumpft. Anfang der 2010er-Jahre gab es die Hoffnung, Ställdalen könnte durch Flüchtlinge wieder wachsen. Ein findiger Unternehmer vermietete die Wohnungen als Unterkünfte für Asylsuchende an die schwedische Einwanderungsbehörde und konnte den zuvor geschlossenen Supermarkt wieder öffnen. Teilweise lebten in Ställdalen bis zu 600 Asylbewerber_innen. Damals bildeten sie im Dorf die Mehrheit.

Im Herbst 2019, als die Interviews durchgeführt wurden, war nicht mehr viel Hoffnung übrig. Fast alle Asylsuchenden waren ausgezogen, die Wohnungen wurden immer maroder und der Supermarkt war wieder geschlossen. In den Treppenhäusern lag Müll und die Eingangstüren vieler Wohnungen waren aufgebrochen.

Statt Flüchtlingsfamilien, die in Schweden ein neues Leben beginnen wollten, kamen andere Neuankömmlinge nach Ställdalen: benachteiligte Menschen mit sozialen Problemen, die von den Behörden ihrer Heimatbezirke dabei unterstützt wurden, im Dorf günstigen Wohnraum zu mieten – eine Praktik, die »soziales Abladen« genannt wird. Menschen mit Suchtproblemen, denen wegen Mietrückständen gekündigt worden war, wurde statt in ihrer Heimatgemeinde ein Mietvertrag in Ställdalen angeboten. Einst war das Dorf ein Empfangszentrum für Flüchtlinge, heute ist es zur letzten Zuflucht für Menschen geworden, die nirgendwo anders hinkönnen. Die Bewohner_innen hatten auf all das keinen Einfluss. Sämtliche Entscheidungen wurden über ihre Köpfe hinweg getroffen.

Dass es an einem Dorfladen fehlt, kommt in Ställdalen bei fast allen Interviews zur Sprache: »Hier sollte es einen kleinen Supermarkt geben«, sagt eine 44 Jahre alte Frau. Dabei denkt sie an ältere Menschen, die kein Auto fahren

können und »einfach in der Lage sein sollten, etwas Milch und einen Laib Brot zu kaufen«.

Ein Mann erinnert sich daran, wie er in den 1980er-Jahren nach Ställdalen zog und wie viel lebhafter der Ort damals war: »1987, als ich hier herkam, gab es eine Post und eine Bank. Im *Folkets park* (Volkspark) wurde getanzt. Ich glaube nicht, dass das heute jemals passiert«, sagt er.

Der geschlossene Supermarkt ist ein Symbol für eine vergessene Gemeinschaft – und ein Dorf, das nicht mehr wichtig ist.

Die Sparpolitik der öffentlichen Hand der letzten Jahrzehnte hat zu dem Gefühl beigetragen, der Staat habe den ländlichen Raum aufgegeben. Behörden wie die Sozialversicherungskasse (*Försäkringskassan*) und die öffentliche Arbeitsvermittlung (*Arbetsförmedlingen*) haben ihre lokalen Büros geschlossen und ihre Aktivitäten in den größeren städtischen Gebieten zentralisiert. Laut einer Schätzung der Gewerkschaft *Fackförbundet ST* verfügten die öffentliche Arbeitsvermittlung, die Sozialversicherungskasse, die schwedische Polizei, die Sicherheitskräfte, die Einwanderungsbehörde, die Steuerbehörde, die Rentenbehörde, das schwedische Kartografie-, Kataster- und Landregistrierungsamt sowie das Büro für Studierendenfinanzierung – alles öffentliche Behörden – im Jahr 1997 in ganz Schweden über 1.559 Kundendienststellen. Zwanzig Jahre später waren es nur noch 982, was einem Rückgang von 37 Prozent entspricht. Während die Menschen zunehmend auf webbasierte Dienstleistungen zugreifen, wird das physische Angebot staatlicher Dienste abgebaut (Moberg 2019).

UNZUFRIEDENHEIT MIT DEM WOHLFAHRTSSTAAT

Die Wahrnehmung der Menschen in diesen Gebieten ist, dass sie von der Gesellschaft aufgegeben wurden. Dies bezieht sich auch auf den Wohlfahrtsstaat. Tatsächlich sind die Disparitäten in der Gesundheitsversorgung zwischen den städtischen und ländlichen Gebieten sowie zwischen sozioökonomisch starken und schwachen Gegenden in Schweden größer geworden (Andersson et al. 2021). Dies liegt insbesondere an einer weiteren neoliberal inspirierten Reform: Seit 2010 ist landesweit ein System vorgeschrieben, das als »freie Wahl der Gesundheitsversorgung« (*vårdvalssystem*) bezeichnet werden kann. Dies soll die »Wahlfreiheit« der Menschen dadurch gewährleisten, dass sich privat betriebene, aber öffentlich finanzierte Gesundheitsanbieter ähnlich wie die Privatschulen frei ansiedeln können. Dies führte jedoch zu einem Überangebot an Gesundheitszentren in sozioökonomisch robusten Gegenden, während in dünn besiedelten Räumen und in wirtschaftlich schwachen Stadtgebieten zu wenige vorhanden sind (Dahlgren/Pelling 2020).

Bereits 2012 ermittelte das damalige Schwedische Büro zur Analyse von Gesundheitsdiensten, dass 88 Prozent der privat geführten Gesundheitszentren, die in den ersten Jahren der vorgeschriebenen freien Wahlmöglichkeit gegründet worden waren, in Gebieten lagen, in denen bereits eine gute Versorgung vorhanden war. Gleichzeitig ergab eine Untersuchung des Schwedischen Rechnungsprüfungsamts von 2014, dass es nach der Reform zur »freien Wahl« 196 Gebiete mit insgesamt einer Viertelmillion Einwohner_innen gab, in denen sich die Wege zu den nächsten Gesundheitszentren verlängert hatten. Am stärksten ging die Zugangsmöglichkeit zu Gesundheitsleistungen in Gegenden und Orten mit einem geringen Durchschnittseinkommen zurück (Riksrevisionen 2014). 2020 bestätigte das Staatliche Amt für Gesundheits- und Sozialwesen, dass die Menschen bei verbreiteten Krankheiten wie Schlaganfällen oder Diabetes in den Stadtgebieten mehr und bessere Versorgungsmöglichkeiten hatten als in anderen Gegenden (Socialstyrelsen 2020).

Die vorliegende Interviewstudie ergab, dass sich die meisten alltäglichen Probleme auf die eigene Gesundheit oder die der Verwandten beziehen. Viele berichten von ihrer Angst, es könnte ihnen gesundheitlich schlechter gehen. Wird mein Rücken durchhalten? Kann ich einen Arzttermin bekommen, wenn ich ihn brauche?

»Das größte Problem in meinem täglichen Leben? Das sind meine ganzen Krankheiten«, sagt eine 59-jährige Frau aus Sandvängen/Landskrona. Und eine 50-jährige Frau aus ihrer Nachbarschaft antwortet auf die Frage, was in ihrem Alltag das größte Problem sei, mit nur einem Wort: »Schmerzen«.

Infolgedessen haben die Menschen Angst, sehr lange auf einen Krankenwagen oder einen Arzttermin warten zu müssen. Eine Frau aus Haparanda gibt ein Beispiel: »Erst gestern habe ich beim Gang durch unser Stadtzentrum gesehen, wie eine Frau gestürzt ist. Ich habe einen Krankenwagen gerufen, auf den wir 45 Minuten warten mussten. Das finde ich nicht richtig.«

Eine 59 Jahre alte Frau in Sandvängen sagt, die Person, die ihre täglichen Probleme am einfachsten lösen könnte, sei ein Orthopäde. Aber vor zehn Tagen habe sie festgestellt, dass Orthopäd_innen eine Warteliste von »ein oder zwei Jahren« hätten. »Soll ich nun weitere zwei Jahre Schmerzmittel nehmen? [...] Die Schmerzen sind schrecklich.«

Neben persönlichen Krankheiten und der Unzufriedenheit mit dem Gesundheitssystem wird als häufigstes Alltagsproblem angegeben, finanziell über die Runden zu kommen. Viele der Befragten, insbesondere jene, die eine Rente beziehen oder auf Sozialleistungen wie Krankengeld oder Arbeitslosenhilfe angewiesen sind, sorgen sich um ihre Finanzen – da die Rente niedrig ist oder das Arbeitslosen- oder Krankengeld nicht ausreichen. Die Menschen sprechen darüber, wie sie sich trotz lebenslanger Arbeit das »Geld vom Munde absparen« müssen, damit ihre Rente für den ganzen Monat reicht.

»Mit dem Geld auskommen« – dies ist das größte Problem im Alltag einer 69-jährigen Frau, die von einer, wie sie sagt, »Almosenrente« lebt. Jeden Monat bekommt sie nur etwas mehr als 9.000 schwedische Kronen (ca. 900,00 Euro).

Aber nicht nur Rentner_innen und Kranke fühlen sich finanziell verletztlich, auch Arbeitnehmer_innen berichten, sie hätten Angst, nicht genug zu verdienen, um ihre Rechnungen bezahlen zu können. »Ich bin Freiberuflerin und es fällt mir schwer, genug Geld zu verdienen«, sagt eine 26-jährige Frau aus Landskrona.

Ein 24 Jahre alter Mann aus Rannebergen erzählt uns: »Wenn man durchschnittlich 18.000 Kronen (ca. 1.800 Euro) verdient und alleine lebt, reicht das nicht für die Rechnungen und solche Sachen. Nehmen wir mich selbst: Ich habe eine Wohnung und keine Schulden, aber nur 3.000 Kronen (ca. 300 Euro) zum Leben übrig. Egal wie ich es drehe und wende, es reicht einfach nicht.«

Die Menschen sind unzufrieden, weil es schwieriger geworden ist, genug zu verdienen. Persönliche Finanzprobleme werden oft durch Arbeitslosigkeit verursacht, aber auch durch niedrige Löhne und Schwierigkeiten, auf Tageslohnbasis über die Runden zu kommen. Für eine 44-jährige Frau in Ljusnarsberg ist das größte Alltagsproblem, dass es keine dauerhaften Festanstellungen gibt: »Sie sagen, im Gesundheitsbereich gäbe es welche, aber nur als stundenweise bezahlte Aushilfe. Ohne eine feste Arbeit über die Runden zu kommen, ist schwierig. Wie viel Arbeit ich bekomme, ändert sich von Monat zu Monat«, sagt sie.

Ein 19 Jahre alter Mann aus Landskrona, der im November 2019 befragt wurde, sagt, er sei bereits seit Juni arbeitslos. Er habe zwar einen Gelegenheitsjob, »aber das gibt einem nicht viele Perspektiven. Ich arbeite höchstens 30 Stunden im Monat. Damit kommt man nicht weit.«

MANGEL AN SICHERHEIT

Viele der Befragten berichten von einem wachsenden Gefühl der Unsicherheit. Dieses Gefühl und die Angst, einem Verbrechen zum Opfer zu fallen, taucht in mehreren Gesprächen auf. Viele der befragten Menschen berichteten, wie diese Unsicherheit ihr tägliches Leben einschränkt. Dies gilt besonders für die Interviews, die in Ronneby geführt wurden, einer Kleinstadt in Südostschweden.

In den letzten Jahren hat sich Ronneby verändert. Als das *Blekinge*-Technologieinstitut 2010 die Stadt verließ, verschwanden sowohl die Arbeitsplätze als auch die Studenten. Heute ist die Arbeitslosigkeit in Ronneby hoch. Aber die staatliche Arbeitsvermittlung hat dort kein Büro. Im Zuge der Umstrukturierung der Behörde wurde deren Niederlassung in der Stadt geschlossen. Stattdessen muss man nun in die Regionshauptstadt Karlskrona fahren.

Nach dem Wegzug des Technologieinstituts standen 700 Studierendenwohnungen leer. Als Mitte der 2010er-Jahre die Einwanderung von Geflüchteten zunahm, wurden viele dieser Wohnungen in Unterkünfte für Asylbewerber_innen umgestaltet. Dies veränderte die demografische Struktur Ronnebys. Insgesamt sind dort in den letzten 20 Jahren über 3.000 Menschen aus allen Teilen der Welt angekommen. Viele der Befragten sagen, deren Integration habe nicht funktioniert: »Wir haben es nicht geschafft, den neu angekommenen Migranten Arbeit zu geben. Ich denke, dazu ist unsere Gemeinde zu klein«, sagt eine 50-jährige Frau.

Unter den im Ausland geborenen Bewohner_innen ist die Arbeitslosigkeit hoch. 2019 hatten etwa 40 Prozent von ihnen keine Stelle, weshalb Ronneby auf der Liste der schwedischen Gemeinden mit der höchsten Arbeitslosigkeit unter eingewanderten Menschen auf dem dritten Platz lag. Als ein 47 Jahre alter Mann gefragt wurde, was ihm für die Zukunft am meisten Sorgen bereite, drückte er dies sehr drastisch aus: »Wenn wir an der Integration scheitern«, sagte er, »sind wir erledigt.«

Laut Berichten der Gemeinde und des Schwedischen Nationalrats zur Kriminalitätsverhütung (*Brottsförebygganderådet*) meinen die Menschen, im Zentrum von Ronneby habe die Sicherheit in den letzten Jahren nachgelassen. Dies könnte teilweise am Abbau der lokalen Polizeipräsenz liegen, nachdem 2015 die schwedische Polizei umstrukturiert wurde (Brottsförebygganderådet 2020).

Die verringerte Polizeidichte ist ein weiteres Zeichen dafür, dass sich der Staat und seine Institutionen zurückgezogen haben und diese Orte anscheinend ihrem Schicksal überlassen. Wie der Journalist PM Nilsson in einem Kommentar in *Dagens Industri* schrieb, hatte Ronneby eine eigene voll ausgestattete Polizeiwache. Seit 2016 teilt sich Ronneby stattdessen eine Polizeiwache mit der sechzig Kilometer entfernten Gemeinde Torsås (Nilsson 2018).

Die lokale Presse berichtet häufig über Schlägereien im Stadtzentrum und viele für diese Studie befragte Menschen sagen, dass sie Angst hätten, heutzutage in die Stadt zu gehen. Was die Menschen hier ausdrücken, ist ein Gefühl des Verlusts von Vertrauen – in ihre Nachbarn, in Neuankömmlinge sowie in die lokale und nationale Politik. »Wir haben keine Sicherheit und keine Kontrolle über die Justiz. Es ist eine Katastrophe. Das ist nicht die Schuld der Polizei, sondern der Politiker. Darüber ärgere ich mich am meisten«, sagt ein Mann in seinen Siebzigern, der in Ronneby interviewt wurde.

Die Angst, selbst einem Verbrechen zum Opfer zu fallen, wird in vielen Gesprächen erwähnt. Diese Art mangelnden Sicherheitsgefühls findet sich nicht nur bei den Bewohner_innen von Ronneby, sondern überall dort, wo wir Menschen befragt haben. Hintergrund ist die grassierende, sehr gewalttätige Bandengewalt, die Schweden seit einigen Jahren erfasst hat und die das subjektive Sicherheitsgefühl der Menschen stark beeinflusst.

Viele der Befragten fürchten, jemand könnte ihre Haustür aufbrechen oder sie zu Hause, in der Stadt oder auf dem Weg zur Bushaltestelle ausrauben. Eine übliche Antwort auf die Frage »Was ist das größte Problem in ihrem täglichen Leben?« handelt von der Angst vor Kriminalität. Diese Angst ist immer da und beeinflusst das Leben der Menschen Tag für Tag.

»Man muss daran denken, das Auto in die Garage zu stellen, das Fahrrad abzuschließen und all so etwas«, sagt eine 79-jährige Frau in Ronneby. Dies war nicht immer so. »Man konnte beispielsweise, wenn man spät nach Hause kam, das Auto über Nacht auf der Straße lassen und musste es nicht in die Garage stellen. Heute würde man das nicht mehr wagen.«

Dass so viele der schwedischen Befragten glauben, Gewalt und Kriminalität hätten in der Gesellschaft zugenommen, ist auffällig. Dies entspricht auch den Ergebnissen der landesweiten Sicherheitsumfragen des Schwedischen Nationalrats für Kriminalitätsverhütung (Brottsförebygganderådet 2020), die zeigen, dass die Angst vor Kriminalität seit 2006 um über 20 Prozent zugenommen hat, obwohl die Zahl der von Betroffenen gemeldeten Straftaten nicht gestiegen ist. Zudem werden Verbrechen häufig mit Einwanderung in Verbindung gebracht: Es herrscht die Ansicht vor, dass die Kriminalität »importiert« ist.

Darüber hinaus glauben viele der Befragten, dass das schwedische Rechtssystem nicht richtig funktioniere. Dabei überrascht es nicht, dass dies vor allem in Orten und Wahlbezirken so wahrgenommen wird, in denen die Schwedendemokraten erhebliche Wahlerfolge verzeichnen konnten. Bei der nationalen Umfrage des SOM-Instituts vom Herbst 2019 gaben 78 Prozent der Unterstützer_innen der Schwedendemokraten an, dass sie sich stark über organisiertes Verbrechen sorgen – verglichen mit nur etwa 35 Prozent der Unterstützer_innen der Linken, der Grünen oder der Zentrumspartei (Andersson et al. 2020: 17–18).

Ein gutes Beispiel für eine Person, welche die Sicherheit vor Kriminalität über alles andere stellt, ist eine Frau in ihren Vierzigern. Auf die Frage »Was funktioniert in Schweden gut?« muss sie lange und intensiv nachdenken: »Hm, ich weiß nicht, vielleicht das Abfallrecycling, ich denke, das funktioniert hier gut«, sagt sie.

Auf die Gegenfrage, was in Schweden oder an ihrem Wohnort nicht gut funktioniert, ist sie in ihrem Redefluss hingegen kaum zu stoppen. Vor allem fühlt sie sich in ihrem täglichen Leben unsicher. Auf dieses Thema kommt sie immer wieder zu sprechen: »Diese Männergruppen sind nicht sicher, weder für Männer noch für Frauen. Den ganzen Abend stehen sie im Stadtzentrum herum. Ich fühle mich nicht sicher, dort entlangzugehen«, sagt sie mit Nachdruck.

Dann beschreibt sie, wie sich der Schwerpunkt ihres eigenen gesellschaftlichen Engagements völlig verändert hat – von Umweltthemen hin zu Sicherheitsproblemen: »Damals, als Umweltthemen für mich das wichtigste waren, war ich eine Aktivistin bei den Grünen. Dann kam dieses Problem der Einwanderung und wurde zum wichtigsten Thema. Menschen, die sich in ihrer eigenen Sicherheit bedroht fühlen, können nicht über die Umwelt nachdenken [...] Man kümmert sich viel um die Umwelt, obwohl es doch andersherum sein sollte – der Schwerpunkt muss auf Sicherheitsthemen liegen«, sagt sie.

Viele der Befragten bringen die Kriminalität, die sie sehen und fürchten, mit der Einwanderung in Verbindung: »Es sind zu viele Einwanderer gekommen«, sagt eine 70 Jahre alte Frau aus Almgården in Malmö. »Es ist unsicher geworden, mit Kriminalität und Bomben – wie der Bombe, die dort drüben explodiert ist«, fährt sie fort und zeigt auf die Nachbarhäuser. Im Herbst 2019 sind in Malmö mehrere Bombenanschläge verübt worden. Die Polizei nimmt an,

dass die Anschläge Teile von Auseinandersetzungen zwischen kriminellen Banden waren. Es sind dabei keine Menschen ums Leben gekommen, aber die Bomben haben große materielle Schäden verursacht, und natürlich viel Angst gemacht.

EIN FREMDENFEINDLICHES NARRATIV

In vielen Gesprächen wird früher oder später die Einwanderung erwähnt, die in den Interviews gleichzeitig das häufigste Thema war. Dies überrascht nicht. Nur wenige Themen wurden in Schweden in den letzten Jahren so heiß diskutiert wie jene, die mit der Einwanderung zu tun haben: ihr Ausmaß, ihr Einfluss auf die Wirtschaft und ihre – kurz- oder mittelfristigen – Folgen für die Gesamtgesellschaft.

Die französisch-deutsche Studie kam zu dem Ergebnis, dass die Menschen sogar an Orten, wo viele von ihnen einwanderungsfeindliche Parteien wie die Alternative für Deutschland oder die französische Nationale Sammlungsbewegung wählen, nicht in erster Linie mit der Einwanderungspolitik unzufrieden sind, sondern mit ihren eigenen wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen – wie den mangelnden örtlichen Dienstleistungen, der schlechten Infrastruktur oder der Arbeitslosigkeit (Hillje 2018). Diese Schlussfolgerungen können allerdings nicht auf Schweden übertragen werden.

Natürlich kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich die Einstellungen und Werte der Menschen zu Themen wie Einwanderung von Land zu Land unterscheiden. Auch in Schweden sind die Menschen unzufrieden, dass der Supermarkt schließen musste, die Busse zu unregelmäßig fahren und es schwer ist, einen Job mit einem Einkommen zu finden, das zum Leben reicht. Dennoch ist eine der Schlussfolgerungen der vorliegenden Untersuchung, dass die Unzufriedenheit der Menschen größtenteils mit Problemen der Einwanderung und Integration in Schweden verbunden ist.

Dabei lässt sich nicht einfach sagen, dass es bei der Ablehnung von Einwanderung nur darum gehe, die eigene Unzufriedenheit auf Menschen zu projizieren, die nach Schweden eingewandert sind, sondern vor allem darum, dass die Folgen der Einwanderung aufgrund mangelnder Integration Probleme im täglichen Leben schaffen: Kulturkämpfe, die zu Konflikten auf dem Wohnungsmarkt führen, oder lokale Schulen, an denen viele Schüler_innen kein Schwedisch als Muttersprache mehr sprechen. Sorge herrscht auch darüber, dass neu ankommende Migrant_innen keine Arbeitsplätze bekommen und was junge Menschen, die sich nicht in die Gesellschaft integrieren können, den ganzen Tag tun. Darüber hinaus sind viele der befrag-

ten Menschen auch unzufrieden damit, wie sie behandelt werden, wenn sie ihre Bedenken äußern. Sie sind der Ansicht, sie könnten nicht über bestimmte alltägliche Erfahrungen sprechen, ohne als Rassist_innen bezeichnet zu werden.

Die für diese Studie befragten Menschen glauben, zu viel staatliche Gelder würden für Einwanderung ausgegeben und zu wenig für andere wichtige Dinge. Sie neigen dazu, die Politik und Verwaltung auf der nationalen Ebene für ihre Alltagsprobleme verantwortlich zu machen.

Dies gilt auch, wenn Menschen ihre Unzufriedenheit über Dinge äußern, die auf lokaler Ebene organisiert werden. Schweden ist in vielerlei Hinsicht ein sehr dezentralisiertes Land. Beispielsweise werden Schulen, Altenpflege und Kinderbetreuung von den 290 schwedischen Gemeinden finanziert und betrieben. Für die Gesundheitsversorgung und den ÖPNV sind die 22 Regionen verantwortlich. Diese Dienstleistungen werden auch in erster Linie über lokale Steuern finanziert. Das bedeutet, dass die Lokalpolitiker_innen in Schweden mehr Macht und Einfluss haben als in vielen anderen europäischen Ländern.

Darüber hinaus wird die Politik auf nationaler Ebene als elitär und abgehoben erlebt. Viele Menschen scheinen gegenüber den Politiker_innen der etablierten Parteien keine Affinität zu spüren. Sie glauben, die gewählten Repräsentant_innen würden sie nicht verstehen. Viele der von uns befragten Menschen, die diese Art von Misstrauen gegenüber Politiker_innen äußern, sind ältere Menschen, die meinen, die Dinge hätten sich »zu schnell verändert«. Doch auch viele jüngere Leute denken ähnlich.

Während sich die Unzufriedenheit häufig auf die Politik bezieht, werden wirtschaftliche Machtstrukturen bemerkenswert selten erwähnt. Die Wut richtet sich also nicht gegen jene, die im Zuge der steigenden Ungleichheit reicher geworden sind; auch für niedrige Löhne, prekäre Arbeitsverhältnisse oder strapaziöse Arbeitsbedingungen werden nicht die Arbeitgeber_innen verantwortlich gemacht. Man könnte daher sagen, die klassische sozialdemokratische Gesellschaftsanalyse fällt vor allem durch ihre Abwesenheit auf.

ERKLÄRUNGEN FÜR DIE STEIGENDE UNTERSTÜTZUNG FÜR DIE SCHWEDENDEMOKRATEN

Schon häufig wurde untersucht, warum eine Partei wie die Schwedendemokraten von Wähler_innen, die traditionell für linke und insbesondere sozialdemokratische Parteien stimmen, so viel Unterstützung bekommt. Die vorliegende Studie beschränkt sich auf wenige Fragen, und obwohl viele Interviews geführt wurden, ist die Stichprobe der Befragten nicht repräsentativ genug, um allgemeine Schlussfolgerungen treffen zu können.

Dennoch zeigen die Interviews, dass sich viele Befragte in einem Konkurrenzkampf mit den Migrant_innen wähnen, der durch Knappheit definiert ist – um gut bezahlte Arbeitsplätze, um öffentliche Dienstleistungen und um Sozialtransfers. Viele der Befragten beschreiben einen Kampf um Ressourcen zwischen Dingen wie Gesundheitsleistungen und Renten auf der einen und den Kosten der Einwanderung auf der anderen Seite: »Gesundheitsleistungen sollten jene bekommen, die hier sind, und nicht die neu angekommenen Migranten, die jetzt gratis zum Zahnarzt gehen können«, sagt beispielsweise eine Frau aus Malmö, die kürzlich in Rente gegangen ist.

Eine typische Bemerkung macht ein 61 Jahre alter Mann in Sandvängen: »Die Gemeinden sparen Geld und kürzen an allen Ecken, und dann verschwenden sie Geld für Einwanderer. Statt lokale Sozialhilfe zu bekommen, sollten Einwanderer Arbeit annehmen und sich fortbilden. Die Gemeinden brauchen das Geld für andere Dinge.«

Die Menschen sorgen sich beispielsweise über lange Wartelisten für ärztliche Untersuchungen und behaupten, die Einwanderung hätte zu einem Mangel an Ressourcen geführt. Sie scheinen ihre Unzufriedenheit nicht gegen regionale Gesundheitspolitiker_innen zu richten, sondern gegen die nationale Einwanderungspolitik. Zudem beschweren sie sich darüber, dass ihre Renten zu niedrig seien, und erklären dies damit, dass die Neuankömmlinge viel Geld kosten würden.

Was die Schwedendemokraten oder andere Parteien ihren Wähler_innen auf lokaler Ebene anbieten, wurde nicht untersucht. Ob die SD an den in die Untersuchung einbezogenen Orten politische Lösungen für die täglichen Probleme unserer Befragten haben, ist nicht bekannt. Allerdings wird aus den Interviews und anderen Meinungsumfragen anderer Untersuchungen klar, dass die Schwedendemokraten als diejenige Partei wahrgenommen wird, welche die restriktivste Einwanderungspolitik vertritt. Gleichzeitig sehen wir, dass sie bei den Parlamentswahlen mehr Unterstützung erhalten als bei den Kommunalwahlen – sowohl in ganz Schweden als auch in den untersuchten Orten. Woran dies liegt, kann nicht genau festgestellt werden, zumal sich die Gründe dafür je nach Gemeinde unterscheiden können. Ein Grund könnte jedoch sein, dass die Schwedendemokraten vor Ort personell nur schwach vertreten sind. Tatsächlich ist sie die Partei mit den landesweit meis-

ten »leeren Sitzen« in den Kommunal- und Regionalparlamenten, d.h. Sitzen, die nicht von gewählten Repräsentant_innen besetzt sind (Dalsbro 2018). Dieser Zusammenhang deutet darauf hin, dass die Menschen glauben, die sozial- und sicherheitspolitischen Mängel, die sie im Alltag und an ihren Wohnorten erleben, seien durch die Einwanderung verursacht worden. Und die Einwanderungspolitik findet auf nationaler Ebene durch den *Riksdag* und die Nationalregierung statt.

DIE REALITÄT DER ALTERNATIVEN MEDIEN

Im Rahmen der französisch-deutschen Studie, die als Vorlage für die Studie zur schwedischen Unzufriedenheit diente, wurden keine Fragen über die Medien gestellt. In der vorliegenden schwedischen Untersuchung wurden die Menschen hingegen auch über ihren Medienkonsum und ihre Ansichten über die Medien befragt. Damit konnte ein zusätzlicher Treiber der Unzufriedenheit ermittelt werden.

Einige der Befragten gaben an, sowohl Mainstream-Medien als auch alternative, migrationskritische Medien zu konsumieren, um »die Wahrheit zu erfahren«. Diese Anti-Einwanderungs-Webseiten sehen fast aus wie Online-Boulevardzeitungen, haben jedoch völlig andere Inhalte. Ein dominanter Bestandteil der Inhalte – von den Nachrichten bis hin zu den Kommentaren – besteht dort aus Misstrauen und Hass gegenüber Migrant_innen. Zudem beschäftigen sich diese Medien intensiv mit Kriminalität. Viele von ihnen ähneln sich untereinander und stellen ihre Sichtweisen in einen ähnlichen Kontext, wobei sie ihre Nachrichten häufig voneinander abschreiben. Einige sind offenkundig islamophob und/oder homophob eingestellt.

Verglichen mit den Menschen, die laut eigener Aussage den Mainstream-Medien vertrauen, neigen jene, die einwanderungsfeindliche Medien bevorzugen, stärker zu der Ansicht, die Einwanderung sei für Schweden ein großes Problem. Was in diesem Fall die Henne und was das Ei ist, darüber sind sich die Forscher_innen nicht einig: Wenden sich jene, welche die Einwanderung bereits früher für ein großes Problem gehalten haben, an solche Medien, oder haben sie erst begonnen, Einwanderung als Problem zu betrachten, nachdem sie die alternative Berichterstattung konsumiert haben? Oder – was wahrscheinlicher ist – handelt es sich um eine Kombination aus beidem?

Bei jenen, die für die Kritik der rechtspopulistischen Politiker_innen an den Mainstream-Medien empfänglich sind und die normale Berichterstattung über Einwanderungsthemen als voreingenommen erleben, ist die Schwelle, alternative Medien aufzusuchen, wahrscheinlich niedriger. Die Realitätssicht der »Alt Right«-Medien kann zu weiterer Radikalisierung führen. Grob vereinfachende Erklärungen, negative Stereotypen und Vorurteile werden in Form eines Teufelskreises bestätigt und verstärkt.

Einige der großen einwanderungsfeindlichen »Alt Right«-Medien wie *Samhällsnytt* (ehemals *Avpixlat*) und *NyheterIdag* werden von Menschen betrieben, die auch offizielle Funktionen innerhalb der Schwedendemokraten haben. Wissenschaftler_innen warnen davor, den Einfluss der alternativen Medien auf das Wahlverhalten der Menschen zu überschätzen. Klar ist aber auch, dass die Schwedendemokraten diesen Medien selbst große Bedeutung beimessen. Der Herausgeber von *Samhällsnytt*, ein ehemaliger Parlamentsabgeordneter der Schwedendemokraten namens Kent Ekeröth, wurde in der investigativen Radiosendung des schwedischen Rundfunks (*Medierna P1*) gefragt, ob zwischen seiner Arbeit bei den Schwedendemokraten und seiner Arbeit für *Samhällsnytt* ein Unterschied bestehe oder beide in etwa gleich seien?

Er antwortete: »Nun, ich muss sagen, dass es so ziemlich dasselbe ist. Meine Ansichten in *Samhällsnytt* haben sich gegenüber meiner Zeit bei den Schwedendemokraten nicht verändert. Es gibt viele Ähnlichkeiten. Dies ist der Grund, warum die alternativen Medien gegründet wurden. Beispielsweise haben sie den Schwedendemokraten damals geholfen, in den *Riksdag* zu kommen, und sie helfen ihnen immer noch« (Medierna 2021).

Im Jahr 2020 erhielten die vier größten »Alt Right«- oder Anti-Einwanderungs-Medienplattformen – *Nya Tider*, *Exakt24*, *Samhällsnytt* und *Swebbtv* – zusammen mehr als 14 Millionen schwedische Kronen (etwa 1.400.000 Euro) an staatlichen Pressesubventionen. Die Schwedendemokraten investieren in Medien wie den im Januar 2021 gegründeten Fernsehkanal *Riks*. So können diese Kanäle ihre Reichweite sogar noch vergrößern. Außerdem werden sie massiv von den Social-Media-Algorithmen gefördert und bilden einen wesentlichen Teil der schwedischen Alt-Right-Echokammer mit erheblichen Auswirkungen für den öffentlichen Diskurs.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die Unzufriedenheit in Schweden war in den Orten, die in die Untersuchung einbezogen und in denen die Menschen zu ihrem Lebensalltag befragt wurden, allgegenwärtig. Misst man diese Unzufriedenheit, findet man sie eher unter Menschen mit geringer Ausbildung und niedrigem Einkommen.

Die besuchten Orte sind solche, in denen die Menschen konkrete materielle Gründe dafür haben, mit der Entwicklung der Gesellschaft unzufrieden zu sein. Während der 2010er-Jahre ist die schwedische Wirtschaft gewachsen und der Wohlstand in Schweden gestiegen. Allerdings wurde er nicht gleichmäßig verteilt. Von der Steuerpolitik der 2010er-Jahre haben vor allem Besserverdienende profitiert, während jene ohne Arbeitseinkommen – die beispielsweise von Krankengeld oder Renten leben – ins Hintertreffen gerieten. Gleichzeitig wurde von den Befragten angemerkt, dass der Staat sich aus der Fläche zurückgezogen hat. In Ljusnarsberg wurde die staatliche Arbeitsvermittlung geschlossen, in Haparanda werden die Straßen immer schlechter und im ganzen Land gibt es lange Wartelisten für Arzttermine. Auch die Zahl der Polizist_innen pro Kopf ging in Schweden nach 2010 zurück (Nitz/Ramsten 2021).

Das auf beispiellose Weise – in marktwirtschaftlicher Hinsicht – liberalisierte schwedische Ausbildungsmodell hat sozioökonomisch privilegierte Schüler_innen bevorzugt und Kinder aus der Arbeiterklasse sowie Migrantenkinder benachteiligt. In einigen kommunalen Schulen wie der *Vättleskolan* in Rannebergen, einem benachteiligten Gebiet am Rand von Göteborg, gibt es derart viele neu eingewanderte Schüler_innen, dass es mit den verfügbaren Ressourcen schwierig ist, gut zu unterrichten. Gleichzeitig gibt es an vielen Privatschulen kaum Einwandererkinder.

Insgesamt mag Schweden reicher geworden sein, aber die befragten älteren Menschen gaben an, dass ihre Rente kaum zum Leben reicht. Andere fürchten wiederum, dass jene, die heute in Rente gehen, einen geringeren Anteil ihres Einkommens behalten können als die vorherigen Generationen. Menschen von Malmö bis Haparanda fragen sich: Wie werde ich im Alter zurechtkommen?

In den in die Studie einbezogenen Orten ist die Arbeitslosigkeit während der 2010er-Jahre gestiegen. Menschen in Ljusnarsberg und Ronneby waren Zeugen, wie die Arbeitsplätze

prekärer und immer weniger wurden. Viele Menschen finden es schwierig, von der unsicheren Beschäftigung, der sie nachgehen können, anständig zu leben. Gleichzeitig wurde die Unterstützung durch die staatliche Arbeitsvermittlung immer mehr reduziert – oft sogar räumlich.

Zudem beklagen die befragten Menschen eine Verschlechterung ihres subjektiven Sicherheitsempfindens. Viele gaben an, die Polizei in ihrer Nachbarschaft zu vermissen. Sie waren besorgt darüber, dass Polizei und Krankenwagen nach einem Anruf viel zu lange brauchen, bis sie eintreffen.

Die ungleiche Verteilung der schwedischen Ressourcen ist das Ergebnis bewusster politischer Entscheidungen über die Höhe der Steuern, das Niveau von Renten und Sozialleistungen, die Standorte staatlicher Dienstleistungen sowie die Finanzierung von Leistungen für Gesundheit, Ausbildung, Sozialversorgung und Justiz. Dennoch ist das Thema, das in den Interviews immer wieder zur Sprache gekommen ist, die Einwanderung.

Die Befragungen ergaben Hinweise auf ein fremdenfeindliches Narrativ, das Einwanderung als übergeordnetes soziales Problem definiert und die politischen Alternativen darauf reduziert, sie zu verringern. Die Polarisierung zwischen »uns – Schweden« und »denen – Einwanderer« bestimmt die politische Agenda: Alles wird auf die Probleme zurückgeführt, die mit der Einwanderung zusammenhängen. Darüber hinaus verstärkt dieses Narrativ fremdenfeindliches Verhalten. Es beschreibt die Einwanderung und andere Kulturen als Bedrohung der schwedischen Gesellschaft, unseres gemeinschaftlichen Lebens und unserer Wohlfahrt.

Die Politik, die nicht nur die Steuern gesenkt, sondern auch die Wohlfahrtssysteme ausgehöhlt und einer Marktlogik unterworfen sowie zur steigenden Ungleichheit beigetragen hat, wird dagegen nicht als Ursache erwähnt. Stattdessen muss die Einwanderung herhalten – als einfache Erklärung für komplexe soziale Probleme und als nützlicher Sündenbock.

Dies hat nicht nur politische Folgen, sondern wirkt sich auch auf das Zusammenleben von Einheimischen und Migrant_innen aus. Denn es verstärkt Vorurteile und befeuert die Diskriminierung. Die Befragten geben zu, dass Migrant_innen durch die Vorurteile ihrer Umgebung isoliert werden.

Die Ergebnisse der Untersuchung deuten darauf hin, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt in Schweden in großer Gefahr ist. Schweden ist ein multikulturelles, mehrsprachiges Land, in das auch künftig Menschen einwandern werden. Dies bedeutet, dass ein Weg gefunden werden muss, über die damit verbundenen Herausforderungen zu sprechen – ein Weg, der die Probleme weder aufbauscht noch leugnet.

Welches Schweden wollen die Menschen und wie muss das Zusammenleben in Schweden künftig organisiert werden? Wie kann das fremdenfeindliche Narrativ entschärft werden? Wie kann ein neues Narrativ geschaffen werden, dass es möglich macht, gemeinsam in Schweden zu leben und die gesellschaftlichen Probleme zu lösen, die momentan von der Einwanderungsdebatte überschattet werden? Die Aufgabe, Antworten auf diese Fragen zu formulieren, darf weder der einkommensstarken Mittel- und Oberklasse noch den xenophoben Parteien und Kräften überlassen werden. Die Ergebnisse dieser Studie sind ein Beitrag zur längst überfälligen Debatte, wie der gesellschaftliche Zusammenhalt in Schweden gestärkt werden soll.

LITERATURVERZEICHNIS

- Andersson, Lars Fredrik / Bengtsson, Håkan A. / Fina, Stefan / Heider, Bastian** (2021): Unequal Sweden. Regional socio-economic disparities in Sweden, Friedrich-Ebert-Stiftung, Stockholm, <http://www.fes.de/cgi-bin/gbv.cgi?id=18283&ty=pdf>.
- Andersson, Ulrika / Carlander, Anders / Öhberg, Patrik (Hrsg.)** (2020): Regntunga skyar: SOM-undersökningen 2019, Göteborg.
- Barr, Daniel / Palme, Joakim** (2020): Ingen talar om att Sverige inte längre är en välfärdsstat, in: *Dagens Nyheter*, 20.12.2020, <https://www.dn.se/debatt/ingen-talar-om-att-sverige-inte-langre-ar-en-valfardsstat/>.
- Brottsförebygganderådet** (2020): Nationella trygghetsundersökningen, <https://www.bra.se/statistik/statistiska-undersokningar/nationella-trygghetsundersokningen.html>.
- Dahlgren, Göran / Pelling, Lisa** (2020): Jämlik vård: en handlingsplan. Stockholm.
- Dal Bó, Ernesto / Finan, Frederico / Folke, Olle / Persson, Torsten / Rickne, Johanna** (2018): Economic Losers and Political Winners: Sweden's Radical Right, <http://perseus.iies.su.se/~tapers/papers/Draft180902.pdf>.
- Dalsbro, Anders** (2018): Tomma stolar för Sverigedemokraterna, in: *Expo*, 10.09.21, <https://expo.se/2018/09/tomma-stolar-for-sverigedemokraterna>.
- Eurostat** (2021a): Employment rate by sex, age group 20–64, https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/t2020_10/default/table?lang=en.
- Eurostat** (2021b): Unemployment by sex and age – annual data, https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/une_rt_a/default/table?lang=en.
- Försäkringskassan** (2021): Socialförsäkringen i siffror 2021, <https://www.forsakringskassan.se/wps/wcm/connect/e64c34f8-0a59-4382-bdf0-9adabb7a0609/socialforsakringen-i-siffror-2021.pdf?MOD=AJPERES&CVID>.
- Heimersson, Alicia** (2020): Så ska Sverige bli ett mer jämlikt land igen, in: *Dagens Arena*, 6.8.2020, <https://www.dagensarena.se/innehall/sa-ska-sverige-bli-ett-mer-jamlikt-land-igen/>.
- Hillje, Johannes** (2018): Return to the politically abandoned – Conversations in right-wing populist strongholds in Germany and France, Das Progressive Zentrum, Berlin, https://www.progressives-zentrum.org/wp-content/uploads/2018/10/Return-to-the-politically-abandoned-Conversations-in-right-wing-populist-strongholds-in-Germany-and-France_Das-Progressive-Zentrum_Johannes-Hillje.pdf.
- Kornhall, Per / Bender, German** (2018): Ett söndrat land – Skolval och segregation i Sverige, Arena Idé Stockholm, <https://arenaide.se/wp-content/uploads/sites/2/2018/10/rap-skolval-final-reviderad.pdf>.
- Lindbeck, Assar / Molander, Per / Persson, Torsten / Petersen, Olof / Sandmo, Agnar / Swedenborg, Birgitta / Thygesen, Niels** (1993): Seminar Paper No. 540: Options for Economic and Political Reform in Sweden, in: *Economic Policy* 8 (17), Stockholm, S. 220–263.
- Lindgren Åsbrink, Marika / Almqvist, Anna / Vedin, Ulrika** (2019): Program för jämlikhet: Slutrapport till Los jämlikhetsutredning, Stockholm.
- Medierna** (2021): Presstödd så in i Norden och corona-hånade östermalmsåldringar talar ut, in: *Sveriges Radio P1*, 17.4.21, <https://sverigesradio.se/avsnitt/1709703>.
- Moberg, Elin** (2019): Service, tillit och likabehandling – därför behövs staten i hela landet, Fackförbundet ST, Stockholm.
- Möller, Tommy** (2010): Missnöje som politisk kategori, in: *Statsvetenskaplig tidskrift* 112 (5), S. 427–436, <https://journals.lub.lu.se/st/article/view/8287/7416>.
- Nilsson, PM** (2018): Staden som lagen har övergivit, in: *Dagens Industri*, 4.2.2018, <https://www.di.se/ledare/staden-som-lagen-har-overgivit/>.
- Nitz, Lena / Ramsten, Anna** (2021): Polisyret måste uppvärderas, in: *Gefle Dagblad*, 20.2.20, <https://www.gd.se/artikel/debatt-polisyret-maste-uppvarderas>.
- Nya Moderaterna** (2006): Valmanifest: Allians för Sverige: Nytt hopp för Sverige, <https://www.centerpartiet.se/download/18.52cf9dc-f1587162ac261ab2/1479990797941/Allians-f%C3%B6r-Sverige-valmanifest-2006.pdf>.
- OECD** (2015): In It Together: Why Less Inequality Benefits All. OECD Publishing: Paris, <https://doi.org/10.1787/9789264235120-en>.
- OECD** (2019): Social Expenditure Update 2019: Public Social Spending is High in Many OECD Countries, Paris, <https://www.oecd.org/els/soc/OECD2019-Social-Expenditure-Update.pdf>.
- OECD** (2020): OECD Income Distribution Database (IDD), <https://www.oecd.org/social/income-distribution-database.htm>.
- Riksbanken** (2020): 1999 – Ny lag ger Riksbanken mer självständighet, <https://www.riksbank.se/sv/om-riksbanken/historia/historisk-tidslinje/1900-1999/ny-lag-ger-riksbanken-mer-sjalfstandighet/>.
- Riksrevisionen** (2014): Primärvårdens styrning – efter behov eller efterfrågan? RiR 2014 (22), Stockholm, https://www.riksrevisionen.se/download/18.78ae827d1605526e94b2fc81/1518435446126/RiR_2014_22_%20v%C3%A5rdval_Anpassad_2.pdf.
- Rydgren, Jens / Meiden, Sara van der** (2019): The radical right and the end of Swedish exceptionalism, in: *European Political Science* 18, S. 439–455.
- Socialstyrelsen** (2020): Arbetssätt för jämlik vård: Redovisning av metodutvecklingsprojekt på Socialstyrelsen, <https://www-socialstyrelsen.se/globalassets/sharepoint-dokument/artikelkatalog/ovrigt/2020-2-6636.pdf>.
- Statistiska centralbyrån** (2005): Sysselsättning och arbetslöshet 1976–2004, https://www.scb.se/contentassets/e7a2002f3ee44703b-9499c64e19c71b5/sysselsattning_och_arbetsloshet_1976-2004.pdf.
- Statistiska centralbyrån** (2020): Snabba fakta: Arbetslöshet i Sverige, <https://www.scb.se/hitta-statistik/sverige-i-siffror/samhallets-ekonomi/arbetsloshet-i-sverige/>.

ÜBER DIE AUTORINNEN

Johanna Lindell hat einen Abschluss in Soziologie und einen Master in Medien- und Kommunikationsstudien. Sie war stellvertretende Geschäftsführerin von *Arenagruppen* und leitet jetzt die *DIK*, einer Gewerkschaft für Absolventinnen und Absolventen, die im Kultur- und Kommunikationsbereich arbeiten.

Lisa Pelling hat an der Universität Wien in Politikwissenschaft promoviert und ist Leiterin von *Arena Idé*, eines progressiven, parteiübergreifenden Thinktanks, der von der schwedischen Gewerkschaftsbewegung finanziert wird.

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Friedrich-Ebert-Stiftung
Nordic Countries
Västmannagatan 4
111 24 Stockholm
Schweden

Verantwortlich für den Inhalt:
Dr. Philipp Fink | Leiter des FES-Büros Nordic Countries
Tel.: +46 768 486 705
<https://nordics.fes.de>

Kontakt/Bestellungen: josefin.fuerst@fes.de

Design: pertext, Berlin | www.pertext.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten stimmen nicht unbedingt mit denen der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Partnerorganisationen für diese Publikation überein. Eine kommerzielle Nutzung aller von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) veröffentlichten Medien ist nur mit schriftlicher Einwilligung der FES zulässig. Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

© 2022

